

Hilfen für die Opfer einer „faschistischen Ideologie“



Baden-Württemberg macht's vor und nimmt yezidische und andere weibliche Opfer des Islamischen Staats aus dem Irak und Syrien auf

Martin Link
Flüchtlingsrat
Schleswig-Holstein e.V.

Nach Auskunft der Vereinten Nationen war 2014 das tödlichste Jahr für die irakische Bevölkerung seit 2008. Stammesmilizen, islamistische Aufständische und die irakische Armee sind nur einige der Kräfte, die die Zivilbevölkerung in einem opferreichen Bürgerkrieg aufreiben. Gut eine Million irakische Flüchtlinge haben das Land verlassen. Innerhalb des Irak sind knapp 6 Millionen Menschen hilfsbedürftig. Über 2 Millionen sind innerhalb des Landes auf der Flucht.

Als ihren furchtbaren Beitrag zu dieser Bilanz haben im Spätsommer 2014 die Milizen des Islamischen Staates (IS) eine erfolgreiche Offensive gegen die kurdischen Gebiete im Nordirak geführt. Seit Juli 2015 beschränkt sich nun auch die türkische Regierung nicht mehr nur auf die logistische Unterstützung des IS, sondern beteiligt sich mit regelmäßigen Luftschlägen gegen vermeintliche PKK-Stellungen an der Eskalation der Gewalt gegen die nordirakische Bevölkerung.

Islamwissenschaftlerin Irene Dulz, seit über 10 Jahren bei UN- und anderen internationalen Organisationen im Nahen Osten tätig, hatte den mörderischen Vorstoß der Islamisten im Sommer 2014 aus der kurzen, wenngleich sicheren Distanz der nordirakischen Provinzhauptstadt Dohuk verfolgt.

Dem IS sind seither hunderttausende Kurden, v.a. Yeziden und Mitglieder der shiitischen Shabak-Minderheit, zum Opfer gefallen. Eine Politik der verbrannten Erde und zahlreiche Massaker in den kurdischen Siedlungsgebieten haben die Überlebenden in die Flucht geschlagen. „Eine Rückkehr der Menschen in ihre Herkunftsgebiete ist auf unabsehbare Zeit ausgeschlossen“, ist sich Irene Dulz sicher.

Allein in der Provinz Dohuk, im syrisch-türkischen Grenzdreieck des Nordirak gelegen, seien weit über eine halbe Million Binnenflüchtlinge aufgenommen worden. Die Hauptstadt Dohuk mit ehemals 400.000 Einwohnern ist aufgrund der Flüchtlingsströme auf etwa eine Million angewachsen. In der Region befinden sich 24 Lager mit je 16.000 bis 18.000 Flüchtlingen. In der Provinz sei inzwischen jeder Dritte ein Flüchtling. Die Versorgung sei höchst prekär, die

Gesellschaft mit der Integration der Geflüchteten überfordert. Schulen, Rohbauten ohne jegliche sanitäre Infrastruktur, und z.T. weit abgelegene Zeltlager dienten als Unterbringung. Die internationale Hilfe sei sehr schleppend angelaufen. Die Flüchtlinge seien in einer Vielzahl durch das Erlebte traumatisiert - eine bedarfsgerechte medizinische oder therapeutische Versorgung fehle.

Letzteres trifft besonders die vom IS tausendfach verschleppten und regelmäßig sexuell missbrauchten und misshandelten yezidischen und anderen Frauen und Mädchen. „Diese Frauen und Mädchen - nicht wenige mit Gewalt geschwängert - sind, soweit sie überhaupt überlebten, frei gelassen wurden oder entkommen konnten, kaum in die eigene, eher konservativ patriarchal geprägte Community reintegrierbar“ mahnt Dulz.

Dieser Einschätzung hat die baden-württembergische bisher als einzige Landesregierung mit eigener Initiative Rechnung getragen. Über ein Sonderkontingent hat Baden-Württemberg bis Ende Juli 248 traumatisierte Frauen und Kinder aus dem Nordirak und Syrien aufgenommen. Niedersachsen will sich mit der Abnahme von 70 Personen beteiligen.

Wie dringend er die Initiative seiner Landesregierung sieht, beschreibt der Stuttgarter Staatskanzleichef Klaus Peter Murawski in der Badischen Zeitung vom 5. August: „Den Frauen gehe es psychisch wie körperlich ‚richtig schlecht‘, sagte der Staatskanzleichef. ‚Das jüngste Vergewaltigungsopfer, das wir aufgenommen haben, ist acht Jahre alt‘, sagte er. ‚Und wir haben eine Jugendliche, die mehrfach brutal vergewaltigt worden ist und sich schließlich



in ein Feuer gestürzt hat. 'Neben dem psychischen Trauma habe sie jetzt schwerste Verbrennungen.'

Die Kontextwochenzeitung berichtet ebenfalls am 5. August 2014 vom Fall einer anderen im Kontingent aufgenommenen jungen Frau: „Samiras Onkel hielt es irgendwann nicht mehr aus: die Schreie seiner Nichte in der Nacht, wie sie ihren Kopf gegen den Betonboden schlug, wie sie sich die Schamlippen aufschneidete. Die 17-Jährige konnte nicht vergessen, wie die Terroristen des Islamischen Staates sie verschleppt, verkauft und vergewaltigt hatten.“

Für die Landesregierung ist der Traumatologe Jan Ilhan Kizilhan, im Zivilstand Hochschulprofessor an der Dualen Hochschule Villingen-Schwenningen, mit der schwierigen Auswahl der vom Projekt Begünstigten beauftragt. „Die Dinge, die sie erlebt haben, bringen jeden gesunden Menschenverstand an den Rand des Verstehens“, berichtet Kizilhan, selbst Yezide, der Kontextwochenzeitung: „Er spricht von einer ‚faschistoiden Ideologie – alle, die nicht so leben wie sie, haben kein Recht zu leben.“

Bei der Lektüre des lesenswerten Artikels von Stefanie Järkel bekommt man eine Ahnung von dem, was Kizilhan wohl zu seinem Urteil veranlasst: „Samira, die in Wirklichkeit anders heißt, hat er im Mai getroffen. Am 3. August 2014 haben IS-Kämpfer ihr Dorf überfallen, erzählt er. Das zierliche Mädchen mit den halblangen braunen Haaren steht kurz vor dem Abitur und will in Dohuk Jura studieren. Die Terroristen erschießen ihren Vater und ihre zwei Brüder. Der IS verkauft sie und ihre drei Schwestern in Syrien auf einem Sklavenmarkt. Am Ende landet sie bei einem

Araber aus Australien, der sie vergewaltigt - wieder und wieder. ‚Sie wusste, jedes Mal, wenn er gesagt hat: Geh Dich waschen, dass er sie vergewaltigen wird‘, sagt Kizilhan. Sie reibt sich mit Fäkalien ein, um den Mann auf Abstand zu halten. Irgendwann erlaubt er seinen sechs Wärtern, sie zu vergewaltigen. Eine Nacht lang - alle nacheinander. Nach insgesamt acht Monaten kann sie fliehen.“

Der Leiter der Projektgruppe Sonderkontingent Nordirak im Staatsministerium Baden-Württemberg, Dr. Michael Müller, macht in einer Mitteilung an den Landesflüchtlingsrat deutlich, dass der IS - und sich dabei einmal mehr auch nicht von anderer Soldateska unterscheidet – offenbar nicht viel Federlesen bei Auswahl und brutalstmöglicher Misshandlung seiner weiblichen Opfer macht: „Zwar sind die meisten der Aufgenommenen Jezidinnen, es gibt aber auch Christinnen und vereinzelt Musliminnen – unser Programm unterscheidet nach Schutzbedürftigkeit und Traumatisierung, nicht aber nach Religion oder ethnischer Herkunft.“

Große Hoffnung hatte der schleswig-holsteinische Innenminister Stefan Studt geweckt, als er im Herbst vergangenen Jahres den Willen zur Aufnahme eines erwähnenswerten Kontingents yezidischer Opfer des IS aus dem Irak verkündete. Monate später gibt es hierzu leider noch keinen Fortgang zu vermelden.

Dass das daran liegt, dass bei Landesregierungen Informationen fehlten, wie ein Kontingent vor Ort umgesetzt werden könne, hält Irene Dulz auch ohne das Stuttgarter Beispiel zu bemühen für unwahrscheinlich. „In den vergangenen Monaten haben sich in

Plementina. Auf dem Gelände eines ehemaligen Flüchtlingslagers leben Menschen im Nichts. Der Strom läuft über ihnen hinweg, sie selbst sind nicht ans Netz angeschlossen und müssen improvisieren.

fast wöchentlichem Wechsel die Chefs von Bundesverteidigungs-, Innen- und Entwicklungshilfeministerium sowie zahlreiche hochrangige Delegationen nicht allein der SPD und der Grünen die Klinken bei irakischen Behörden und internationalen Organisationen in die Hand gegeben“, wusste Dulz bei einer Veranstaltung des Flüchtlingsrates im Kieler Landeshaus zu berichten.

So stellt sich also kaum die Frage, wie geholfen werden könnte, sondern lediglich, ob auch andere Landesregierungen - über das Stuttgarter Vorbild hinaus - zur Aufnahme von Opfern des ansonsten gern krokodilstränenreich beklagten „islamistischen Terrors“ des IS im Irak bereit sein werden.



Irene Dulz am 02.02.2015 in Kiel:
www.frsh.de/aktuell/presseerklarungen/presseerklarung/article/fluechtlingstragedie-im-irak-eskaliert-binnen-weniger-monate/

Badische Zeitung vom 05.08.2015:
www.badische-zeitung.de/suedwest-1/248-frauen-sicher-vor-dem-is-terror-109169206.html

Stefanie Järkel am 05.08.2015 in der Kontextwochenzeitung:
www.kontextwochenzeitung.de/gesellschaft/227/das-leid-der-1000-frauen-3060.html